

# Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



**Geld ist immer noch männlich**  
Eine Studie zeigt, dass nur jede zweite Frau selbst über Geld- und Finanzfragen entscheidet  
>> Seite 4



**Bilanz der Erste Group**  
Im 4. Quartal des Vorjahres konnte die Erste Group wieder in die Gewinnzone einschwenken  
>> Seite 5



**Darum prüfe, wer sich länger bindet**  
Wie sehen die besten Anlageformen in volatilen Zeiten aus?  
>> Seite 6



## Meine Meinung



### Ein ordnungspolitischer Sündenfall mit Folgen

Eine strukturelle Fehlentscheidung wird jetzt also mit einem 25-prozentigen Aufschlag verschlimmert: Anders kann man aus Sparkassen die Erhöhung der Bankensteuer auf insgesamt 625 Mio. Euro beim besten Willen nicht kommentieren.

Schon das ursprüngliche Einfordern einer halben Milliarde Euro jährlich an Sondersteuer von den Banken für das laufende Budget ist eine durch nichts zu verargumentierbare Belastung. Im Vergleich zu ähnlichen Abgaben in anderen europäischen Ländern ist diese Steuerlast für die heimischen Kreditinstitute viel zu hoch. Doch während die Erlöse in Deutschland wenigstens in einen kreditwirtschaftlichen Krisenfonds fließen, wird hierzulande der allgemeine Budgettopf bedient. Hätte Österreich a priori die Fondslösung nach deutschem Vorbild für Krisenfälle gewählt, hätte die ÖVAG-Sanierung zum Teil aus diesen Mitteln erfolgen können. Erschwerend kommt übrigens hinzu, dass die Belastung für die Sparkassengruppe unverhältnismäßig hoch ist.

Das alles passiert in einer Zeit, in der Notenbanken sowie alle Regulatoren nach Aufstockung der Eigenmittel rufen und die EU bis Jahresmitte die Latte auf 9 Prozent gelegt hat. Es stellt sich also angesichts dieses neuerlichen Anschlags auf die Eigenmittelaufstockung via Ertragskraft ernsthaft die Frage, wo denn der Aufschrei der Aufsichtsbehörden gegen diesen fiskalischen Turbo zulasten des Eigenkapitals bleibt. Wir warten ...

Ordnungspolitisch haben wir es mit einem gravierenden Sündenfall zu tun. Statt durch das bereits vor zwei Jahren (!) von der Regierung angekündigte Insolvenzrecht für Banken die geordnete Liquidation von Kreditinstituten zu ermöglichen – wie es bei jedem anderen Unternehmen der Fall wäre! – werden unter anderem Mittel der österreichischen Sparkassen, deren Geschäftsmodell sich auch in den turbulentesten Zeiten der Finanzkrisen bestens bewährt hat, für Sanierungen von Banken eingefordert, deren Geschäftsmodell offensichtlich gescheitert ist, die aber über diese Umverteilung in die Lage versetzt werden, ihren Konditionenwettbewerb munter fortzusetzen und die Wettbewerbsverzerrung quasi mit amtlichem Sanctus und mit dem Sanierungsbeitrag kerngesunder Banken zu prolongieren. Das ist jedenfalls kein Beitrag zur Stärkung des Finanzplatzes Österreich, die in den Sonntagsreden noch immer ihren Fixplatz hat.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Solange die dringend notwendige Konsolidierung des Staatshaushalts nicht die strukturellen Kostentreiber – wie etwa Gesundheitssystem, Verwaltung oder Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung – ins Visier nimmt, werden fragwürdige Konstrukte wie die Bankensteuer das Vertrauen in die Konsolidierungspolitik belasten.

Michael Ikrath  
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

## Betroffenheit und Zähneknirschen

Finanzministerin  
Maria Fekter präsentierte dem Parlament das Sparpaket

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist überfällig. Das Sparpaket enthält aus Sicht der Sparkassen einige Zeitbomben. Neben der ordnungspolitisch mehr als bedenklichen Erhöhungen der Bankensteuer (siehe nebenstehenden Kommentar) sind es vor allem die Prämienkürzungen für Eigenvorsorge und Bausparen, die falsche Signale geben und Sachzwänge außer Ansatz lassen. Im Folgenden kommen einige Verbundpartner der Sparkassengruppe zu Wort, die von den Maßnahmen besonders betroffen sind.

Andreas Feichtenberger,  
Milan Frühbauer

Die im Regierungsentwurf zum Sparpaket vorgesehene Halbierung der Bausparprämie kommt zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Er sei „persönlich sehr betroffen“, betont der Vorstandsvorsitzende der s Bausparkasse, Josef Schmidinger, denn den Verantwortlichen müssten doch die Rahmenbedingungen und Sachzwänge bekannt sein.

Die Hochbauleistung sei in Österreich im vergangenen Jahr um mehr als 12 Prozent zurückgegangen. Das betreffe auch den Wohnbau, der rund 40.000 Arbeitsplätze in der heimischen Bauwirtschaft sichere und der darüber hinaus weitere Investitionen der privaten Haushalte zur Folge habe.

Eine vor kurzem erstellte Studie der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen komme zu dem Schluss, dass Österreich als Folge von Bevölkerungswachstum, anhaltendem Trend zu Ein-Personen-Haushalten und höherer Lebenserwartung eine jährliche Neubauproduktion von 45.000 Wohneinheiten brauche.

„Wir als Bausparkasse mit unserem wirklich erfolgreichen Modell der Mittelaufbringung benötigen daher einen kontinuierlichen Mittelzufluss auf der Passivseite, um unsere Finanzierungsleistung für den Wohnbau aufrechtzuerhalten. Alles andere verstärkt Verknappungsercheinungen, die schon jetzt auf dem heimischen Wohnungsmarkt festgestellt werden müssen.“ Derzeit gebe es etwa in Wien kaum noch Leer-

bestand, und allein in der Bundeshauptstadt seien 40.000 Wohnungssuchende evident. Wien brauche derzeit eine jährliche Wohnbauleistung von rund 10.000 Einheiten, um die Nachfrage einigermaßen zu befriedigen. „Es ist derzeit schwer, eine leistbare Wohnung zu finden, wir brauchen daher weiterhin billiges Geld, um die Wohnbautätigkeit zu sichern,“ unterstreicht Schmidinger. Er appelliert an den Gesetzgeber, die Bausparprämie nur um ein Drittel zu kürzen, damit „wir wenigstens einen Zweier vor dem Komma haben“.

### Rückschlag befürchtet

Bei der s Bausparkasse, die rund 7 Mrd. Euro zur Finanzierung des Wohnraumbeschaffung beiträgt und die im Vorjahr den Finanzierungsbeitrag gegenüber 2010 um knapp 7 Prozent gesteigert hat, er-

Name und Anschrift:



## SPARKASSEN NEWS

### Erste Bank Oesterreich: Bestes „Private Banking“

Das britische Finanzmagazin „Euromoney“ hat die Erste Bank Oesterreich das dritte Jahr in Folge für das beste Private Banking in Österreich ausgezeichnet. Auf den Plätzen 2 und 3 befinden sich Credit Suisse und Schoellerbank.

Das Besondere an der Auszeichnung ist, dass sie schwerpunktmäßig auf einer Umfrage innerhalb der Branche basiert. Das bedeutet, dass nicht eine Jury, sondern Branchenexperten selbst die einzelnen Banken bewerten. Ebenfalls für das beste Private Banking wurden die Töchter der Erste Group in Ungarn und Rumänien ausgezeichnet.

### 190 Jahre Tiroler Sparkasse

Tirols ältestes Geldinstitut, die Tiroler Sparkasse, feiert heuer ihr 190-jähriges Bestehen. Zum Jubiläum wird die Sonderausstellung „Zeit ist Geld“ zur Geschichte des Papiergeldes gezeigt.



Geburtstagsempfang in Innsbruck: Erste-Chef Andreas Treichl, Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer, Landeshauptmann Günther Platter und Vorstandsvorsitzender Hans Unterdorfer

### Frauen- und familienfreundlich

Die Steiermärkische Sparkasse wurde von der Initiative „Taten statt Worte“ erneut als frauen- und familienfreundlichster Großbetrieb der Steiermark ausgezeichnet. Als Siegerbetrieb des Landeswettbewerbs nimmt die Steiermärkische Sparkasse auch am Wettbewerb um den Staatspreis „Familienfreundlichster Betrieb 2012“ teil.

Vorstandsdirektor Wolfgang Dinhof (l.) und Werner Hermeling von der GASEVO GmbH



### Siegreicher Kunde

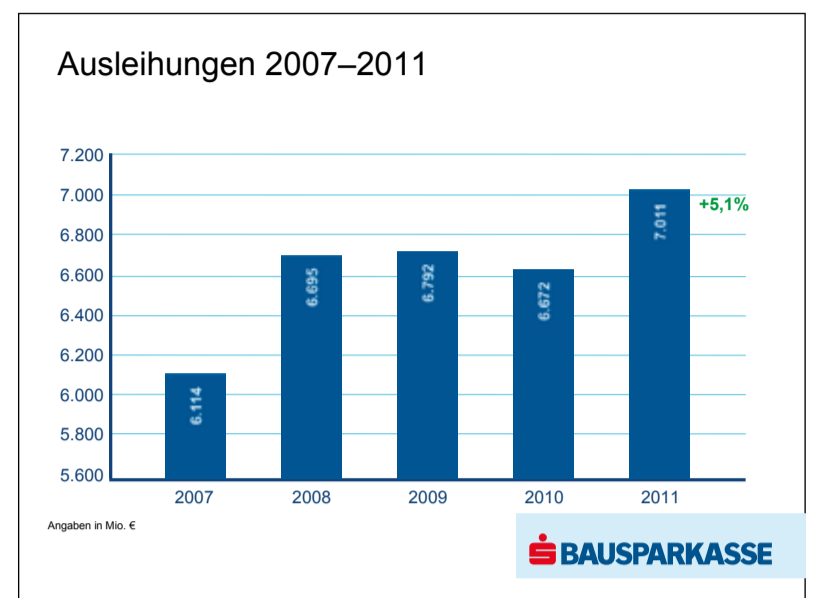
In der Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl freut man sich über den Sieg der von der Sparkasse betreuten Firma Gerald Zotter & GASEVO GmbH beim ENERGY GLOBE Austria 2011. Das Unternehmen hat eine Methode entwickelt, mit der man überschüssige Energie – beispielsweise aus Windkraftanlagen – mittels Stickstoff-Verflüssigung speichern und bei Bedarf über eine Turbine wieder verfügbar machen kann.

wartet man jetzt einen Rückschlag, wenn es bei der Prämienhalbierung bleibt. „Derzeit muss man für das laufende Jahr von einem Minus von 20 Prozent im Neugeschäft ausgehen, mittelfristig wird das Mittelaufkommen wohl um 5 bis 7 Prozent niedriger liegen“, gibt sich Schmidinger besorgt. Derzeit betragen die Ausleihungen des Instituts mehr als 7 Mrd. Euro, die Einlagen liegen zu Jahresende 2011 bei 6,3 Mrd. Euro.

Man werde die Finanzierungsleistung folgerichtig zurückfahren müssen. „Das ist gesamtwirtschaftlich doppelt gefährlich: Es dämpft wichtige Wachstumsimpulse, die traditionell von der Bauwirtschaft ausgehen, gerade in einer Zeit, in der wir Wachstum dringend brauchen. Und es verteuert die Wohnraumbeschaffung, was wiederum gesellschaftspolitisch bedenklich ist“, so der Vorstandsvorsitzende der s Bausparkasse, der davor warnt, die konjunkturelle Bedeutung des Baugeschehens insgesamt zu unterschätzen.

Auch wenn es für Bausparkassen in Hinkunft möglich sein soll, Pfandbriefe zu emittieren, so ist dies keineswegs ein gleichwertiges Ersatzinstrument bei der Mittelaufbringung. „Die Zinsen für längerfristige Pfandbriefe sind höher, das heißt, der Wohnbau verteuert sich. Wehe die Zinsen steigen wieder einmal an, dann wird sich die Prämienkappung vollends als Fehlentscheidung erweisen.“

Das System werde die Probe bestehen, aber es drohe ein für alle schmerzhafter Rückschlag.



Das kann ja nur weniger staatliche Pension bedeuten. Parallel dazu ein Instrument der Eigenvorsorge ins Visier zu nehmen, ist das absolut falsche Signal“, formuliert Vorstandsdirektor Manfred Rapf seinen Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser Sparmaßnahme. Bei einem Prämienvolumen von jähr-

solchen Zeithorizont nicht mehr akzeptieren wollen.

„Immobiliensteuer: nicht erfreulich, aber akzeptabel“ Ab April dieses Jahres wird der Wertzuwachs einer Immobilie beim Verkauf jedenfalls mit 25 Prozent versteuert werden müssen. Die Spekulationsfrist fällt weg. Von diesem Gesetz erwartet sich der Staat Einnahmen von bis zu 2 Mrd. Euro bis 2015. Belastungen, die in der Maklerbranche zwar nicht positiv aufgenommen werden, aber zumindest als akzeptabel gelten. Michael Pisecky, Geschäftsführer von s REAL: „Solche Maßnahmen sind in Zeiten von Budgetnöten erforderlich. Wichtig ist, dass es zumindest einen Inflationsabschlag gibt, der die Steuerlast etwas mindert, und das wurde berücksichtigt.“ Die Befürchtung, dass das Investment in Immobilien damit an Reiz verlieren werde, teilt Pisecky nicht, da es – vor allem in Zeiten von Niedrigzinsen – durchaus attraktiv bleibt.

„Österreich braucht gerade jetzt Steigerung der Wohnbauleistung.“

Josef Schmidinger



Josef Schmidinger: „Das Bausparsystem ist doch ein effizienter Bestandteil der Wohnbauförderung!“

„Es ist das absolut falsche Signal“ Von der Halbierung der staatlichen Prämie bei der Zukunftsvorsorge sind allein bei der s Versicherung 190.000 Kunden betroffen. Angesichts der Rahmenbedingungen rund um die Altersversorgung insgesamt eine Maßnahme, die beim Vorstand auf Unverständnis stößt: „Eines der unvermeidlichen Konsolidierungsziele des Staates ist ja die Reduktion des Pensionsaufwands, also beim Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung.

sich der Fiskus rund 45 Mio. Euro. „Dieser Betrag wäre locker mit zusätzlicher Versicherungssteuer zu lukrieren, wenn man die Mindestbindung beim Einmalerlag für Kunden ab dem 55. Lebensjahr von 15 Jahren wieder auf die ursprünglichen 10 Jahre senkte“, assistiert Vorstandskollege Heinz Schuster. Denn diese Verlängerung habe einen signifikanten Einbruch bei Einmaleralagen in der Lebensversicherung gebracht, weil vor allem Anleger über 50 Jahre einen

Vor allem zwei Argumente führt der Immobilienprofi an: „Die meisten Menschen investieren nicht wegen der Steuerersparnis in eine Immobilie, sondern weil das eine solide und sichere Anlage ist. Immobilien liefern indexgebundene Einkünfte, und die steigen laufend.“ Große Veränderungen auf dem Markt erwarte er daher nicht. Zudem herrsche derzeit enorme Nachfrage. Ein Einbruch von 10 bis 20 Prozent würde die Branche daher auch nicht allzu stark treffen. Für möglich hält Pisecky, dass einige Investoren zu Immobilienfonds wechseln. Dem will er aber mit noch intensiverer Beratung und Serviceleistung entgegenwirken.

Preise bleiben stabil Sowohl bei Eigentum als auch bei Mietwohnungen rechnet die s REAL mit stabilen bzw. moderat steigenden Preisen. Auf die Frage, ob sich die beliebte Vorsorgewohnung nach Einführung der Immobiliensteuer noch lohnen werde, gibt sich Pisecky ebenfalls gelassen: „Auf jeden Fall. Sie ist nach wie vor extrem preisstabil. Das einzige Problem, das sich aus den Neuregelungen ergibt, ist, dass sich der Zeitraum für die Vorsteuerabzugsberechtigung



von 10 auf 20 Jahre erhöht. Da werden möglicherweise einige Käufer lieber auf den Vorsteuervorteil verzichten, anstatt sich für 20 Jahre zu binden.“

Völlig unkritisch könnten die neuen Steuerregelungen letztendlich aber auch nicht gesehen werden: Die bisherige Spekulationssteuer hat es nämlich ermöglicht, dass viele Kosten abseits des Kaufpreises eingerechnet werden konnten. Damit

## „Keine großen Veränderungen auf dem Immobilienmarkt.“

Michael Pisecky

ist es mit 1. April voraussichtlich vorbei. Im neuen Gesetz werden nur Herstellungs- und Instandsetzungskosten anerkannt – Zinsen, Kaufvertrags- oder Maklergebühren können nicht mehr geltend gemacht werden,

obwohl sie zur Betriebserhaltung des Objekts eingesetzt wurden. Das entspricht nicht dem Unternehmerstatus des Vermieters.

Außerdem befürchtet Pisecky administrative Schwierigkeiten, die zu unnötigem Mehraufwand führen könnten: „Künftig sind Vermieter nur noch dann vorsteuerabzugsberechtigt, wenn sie auch an einen Vorsteuerabzugsberechtigten vermieten. Das ist aber unmöglich zu kontrollieren, widerspricht der Logik der Umsatzsteuerthematik und ist daher auch nicht sinnvoll zu administrieren. Bei der Vorsorgewohnung wird es zu Problemen bei der Übergangsfrist kommen, da nicht geklärt ist, ab wann die Verlängerung des Vorsteuerberechtigungszeitraums auf 20 Jahre gilt. Derzeit ist geplant, dass die Immobilie schon vor dem 1. April 2012 vermietet gewesen sein muss, jedoch fehlt eine klare Regelung für jene Objekte, die vor diesem Stichtag gekauft und erst später vermietet werden können, weil sie sich noch im Bau befinden. Hier gibt es eine Grauzone, und es werden



Michael Pisecky, s REAL, sieht die Immobilie nach wie vor als sicheres und attraktives Investment.

wahrscheinlich viele Fälle vor Gericht landen und rückabgewickelt werden müssen.“

Es müsse seiner Ansicht nach der Zeitpunkt des Kaufs als entscheidendes Kriterium gelten, unterstreicht Pisecky.

## „Es ist das absolut falsche Signal für die Eigenvorsorge“



Manfred Rapf und Heinz Schuster: Kritik an falschen Signalen und sträflichen Unterlassungen

Bei der s Versicherung hofft man jedenfalls, dass die Versicherten in der Zukunftsvorsorge jetzt nicht voreilige Entscheidungen – wie etwa Prämienfreistellungen – treffen.

„Wir haben mit Interesse vernommen, dass der Vizekanzler angekündigt hat, es werde an neue Formen bei der staatlichen Förderung in der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge gedacht“, interpretiert Schuster eine Ankündigung des ÖVP-Chefs vom Märzbeginn. Das Produkt verliere ja nicht seine Attraktivität, auch wenn die Optik der Prämienkappung zur Verunsiche-

rung der Sparer führen werde. Denn jedenfalls werde man diese Kappung der Prämie bei den Betroffenen als Bruch des Vertrauensschutzes interpretieren.

### Rentenzusage kann nur LV wirklich leisten

„Die Zukunftsvorsorge ist weiterhin von der Versicherungssteuer und der KEST befreit, sie bleibt also ein attraktives Produkt.“ betont Rapf. Zumal bei der s Versicherung noch die alten Sterbetafeln zur Anwendung kommen und die Flexibilisierung der Aktienquote gegen Ende der Laufzeit zusätzlich stabilisierend wirke.

Jetzt gelte es eben in einer Kommunikationsoffensive die Anleger zur Geduld zu bewegen, die Politik immer wieder an ihr Versprechen neuer Varianten der Eigenvorsorge zu erinnern, vor allem aber im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, dass nur die Lebensversicherung einer lebenslange Rentenzusage leisten kann.

Skeptisch ist man im s Versicherungs-Vorstand auch, was die Neuregelung bei den Pensionskassen betrifft. „Wenn man jetzt 20 oder 25 Prozent des Deckungskapitals als einmalige Steuerleistung zahlt und dann drei Viertel der Pension aus der Pensionskasse unbesteuert bekommt, dann verschiebt doch das für den Staat nur das Problem“, meint Rapf. So sehe jedenfalls nachhaltige Konsolidierung in Sachen Pensionsaufwand der öffentlichen Hand nicht aus. Heinz Schuster wiederum urgiert die längst überfällige Valorisierung des Steuerfreibetrags

## „Nur eine Versicherung bietet lebenslange Rente.“

Manfred Rapf

bei Einzahlungen der Arbeitnehmer in die betriebliche Zukunftssicherung. „Hier sollten wir von derzeit 300 Euro endlich auf einen Betrag von 1.000 Euro kommen, um diesem wichtigen Instrument zusätzlichen Schwung zu verleihen.“

## EINBLICK



Milan Frühbauer

## Eigenvorsorger? Höret die Signale!

Rund 1,6 Millionen Österreicher, die sich in Eigenverantwortung und realistischer Einschätzung der ihnen drohenden Pensionslücke für die Zukunftsvorsorge entschieden haben, sitzen in der Falle: Die staatliche Prämie zu diesem Produkt wird halbiert. Nicht einmal ein Jahrzehnt währte also die Zusage der öffentlichen Hand, jene zu unterstützen, die auf 30 oder noch mehr Jahre eine Verpflichtung zur Entlastung des Umlageverfahrens durch Aufbau eines Kapitalstocks eingegangen sind. Es ist wohl eines der problematischsten Signale, die vom aktuellen Sparpaket der Bundesregierung ausgehen. Bei einem Veranlagungsvolumen von gut einer Milliarde Euro jährlich macht die Ersparnis rund 45 Mio. Euro aus. Das sind etwa 4,5 Prozent dessen, was den Bund ein Jahr der Prolongation des Privilegienstadels Hacklerpension kostet. Nur um die Dimensionen ins rechte Licht zu rücken ...

### Von wegen längere Planung

Ähnlich „sinnvoll“ ist die Kürzung der Bausparprämie, zumal das Land derzeit auf einen veritablen Fehlbestand im Qualitäts-Wohnungs-Angebot zusteuert.

Es geht nicht nur um die Verletzung des Vertrauensschutzes gegenüber Millionen von Bürgern, die sich auf vereinbarte Rahmenbedingungen und Konditionen eingestellt haben. Jenes Vertrauensschutzes übrigens, den die Politik immer im Munde führt, wenn es um die längst fällige Anhebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters geht.

Die beiden Maßnahmen sind auch gesellschaftspolitisch von großem Interesse. Signalisieren sie doch unmissverständlich das tiefe Misstrauen – zumindest von Teilen der amtierenden Koalition – gegenüber Eigenverantwortung und Dispositi-

onsfreiheit des Bürgers für Alter und Pflegefall bzw. für die individuelle Wohnraumbeschaffung abseits des sozialen Wohnbaus.

### Freiraum wird geringer

Obwohl allen (ausnahmslos allen!) Verantwortlichen bewusst ist, dass die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ohne Kürzungen bei den Leistungen des Fiskus für das Pensionssystem nicht auskommen kann, wird just an der das System langfristig entlastenden Schraube gedreht. Man wird den Eindruck nicht los, die Zukunftsvorsorge werde auch deshalb öffentlich diskreditiert, weil sie eine „Erfindung“ einer politischen Ära ist, mit der es noch unbeglichene politische Rechnungen gibt. Selbstverständlich hatte das Produkt Schwachstellen, zumal weil es unter der in dieser Intensität kaum vorhersehbar gewesenen Volatilität der Kapitalmärkte litt. Doch das Kind wird mit dem Bade ausgeschüttet, weil es die falschen politischen Väter hat.

Man mag den Einfluss staatlicher Prämien auf die Gesamtperformance bei Produkten der zweiten oder dritten Säule der Eigenvorsorge für das Alter überschätzen. Aber in einem absoluten Hochsteuerland wie Österreich mobilisieren Anreize bekanntlich Sparvolumina schon aus fiskalpsychologischen Gründen. Diesfalls heiligt der Zweck die Mittel allemal. Nicht zuletzt deshalb, weil wir als Folge niedriger Zinsen und relativ hoher Inflation mit dem Sinken der Sparquote insgesamt konfrontiert sind. Auch das wäre ein triftiger Grund gewesen, die Hände von allem zu lassen, was mittelfristig die Einengung individueller Entscheidungsmöglichkeit zur Folge hat.

Aber vielleicht ist genau das der Grund für alle diese Eingriffe in langfristigen Aufbau von Sparkapital und Deckungsstock.

Jedenfalls: Höret die Signale!

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.



SPARKASSEN NEWS



Univ.-Prof. Friedrich Schneider, Generaldirektor Markus Limberger, Christine Mayrhuber (WIFO), Sozial- und Wirtschaftsethiker Markus Schlagnitweit und Joachim Haindl-Grutsch, Geschäftsführer der OÖ Industriellenvereinigung

Vorsorge braucht Eigenverantwortung

„Leistung versus Anspruch – wohin entwickelt sich Österreich?“ Diese Frage stand im Mittelpunkt des diesjährigen Aschermittwochgesprächs von Sparkasse Oberösterreich und IV Oberösterreich. Aus Sicht eines Kreditinstituts ist bei diesem Thema vor allem die finanzielle Absicherung in der Pension interessant. „Damit sich neben der staatlichen Pension keine Lücke auftut, ist persönliche Verantwortung gefragt, damit rechtzeitig eine zusätzliche Schiene der Eigenvorsorge aufgebaut wird“, so Markus Limberger, Chef der Sparkasse OÖ.



Die Mitarbeiter der Waldviertler Sparkasse hatten sich als Sparefrohs verkleidet.

Sparefroh-Stelzengerher beim Faschingszug

Nach dem großen Erfolg im Vorjahr organisierte die Wirtsgemeinschaft Waidhofen/Thaya auch dieses Jahr einen Faschingsumzug. Die Waldviertler Sparkasse von 1842 war wieder mit dabei. Ihre Sparefroh-Stelzengerher sorgten für Stimmung.

Spitzenplatzierungen bei Fonds-Awards

Bei der alljährlichen Kür der besten Fonds durch die renommierten Rating-Gesellschaften Lipper und Morningstar errangen österreichische Teilnehmer erneut Spitzenplatzierungen. So erreichte die ERSTE-SPARINVEST bei Morningstar den zweiten Platz in der Kategorie „Bestes großes Anleihenhaus“. Damit konnte die Top-Platzierung des Vorjahres (3. Platz) sogar noch verbessert werden. Insgesamt waren von den Analysten rund 150 Gesellschaften mit insgesamt 3.800 Fonds unter die Lupe genommen worden. Auf Fondsebene errang der „RT Vorsorge § 14 Rentenfonds“ der Ringturm KAG den ersten Platz in der Kategorie „Öffentliche Anleihen Euro“. Auch bei den Fund Awards der Rating-Gesellschaft Lipper zeigten zwei ESPA-Fonds Spitzenformat: Der ESPA BOND EURO-RESERVA wurde zum besten Euro-Anleihenfonds in Deutschland gekürt, und das gleich in allen drei relevanten Anlageperioden (3, 5 und 10 Jahre). In der Kategorie Anleihen Emerging Markets Europa setzte sich der ESPA BOND DANUBIA (bezogen auf seine Performance der letzten zehn Jahre) ebenfalls an die Spitze der Wertung.

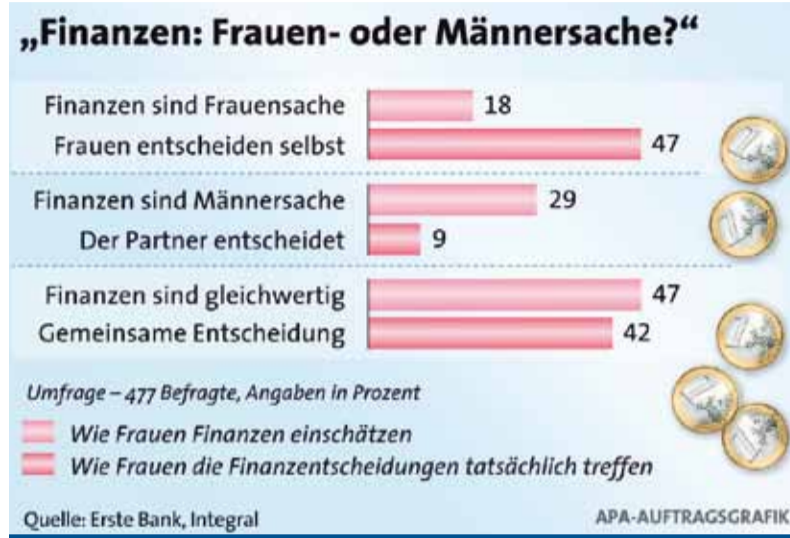
Geld ist immer noch männlich

Sind die Frauen wirklich so selbstbestimmt und unabhängig, obwohl nur 18 Prozent von ihnen Finanzen für Frauensache halten? Nur jede zweite Frau entscheidet selbst in Geld- und Finanzfragen. Das zeigt eine im Auftrag der Erste Bank durchgeführte Studie des Marktforschungsunternehmens Integral.

Für 29 Prozent der Befragten steht fest, dass „Finanzen“ immer noch Männersache sind. 49 Prozent sind der Meinung, dass beide Partner gleichermaßen zuständig sind. Nur jede fünfte Frau findet, Finanzen seien Frauensache, immer noch jeder dritte befragte Mann ordnet Finanzen dem männlichen Kompetenzbereich zu. Die tatsächlichen Entscheidungen in Sachen Geld sind ausgewogen, wenn auch mehr Männer (54 Prozent) als Frauen (47 Prozent) angeben, selbst zu entscheiden. Ins Bild passt auch, dass Frauen den Partner in ihre Entscheidung einbeziehen (42 Prozent), während nur 36 Prozent der Männer ihre Frauen um Rat fragen.

Frauen sind Sparmeisterinnen

Durchschnittlich geben Frauen in Österreich 253 Euro jährlich für ihre Vorsorge aus (13 Euro weniger als Männer). Darin enthalten sind alle Vorsorgeleistungen wie Pensionsvorsorge, Zusatzkrankenversi-



cherung oder das, was noch aufs Sparbuch wandert. Das sind nur 5 Prozent weniger als bei Männern, und das, obwohl Frauen laut Statistik Austria mit durchschnittlich 40 Prozent weniger Monatseinkommen haushalten müssen. Dieser Einkommensunterschied resultiert daraus, dass beinahe die Hälfte aller Teilzeitmitarbeiter Frauen sind. Rund 43 Prozent der berufstätigen Frauen arbeiten Teilzeit, verdienen weniger als Männer und legen trotzdem fast genau denselben Betrag pro Monat beiseite. „Das ist eine gute Entwicklung. Frauen verabschieden sich immer mehr vom Klischee der finanziell abhängigen Frau“, so Susanne Höllinger,

Leiterin des Private Banking der Erste Bank Oesterreich. Bei der Sparform stehen die Klassiker an erster Stelle: 65 Prozent aller Frauen haben ein Sparbuch, gefolgt von Bausparer (60 Prozent) und Lebensversicherung (46 Prozent). Risikoreiche Anlagen wie Aktien, Anleihen und Fonds besitzen nur 16 Prozent der Frauen. Rat von außen holen sich beide Geschlechter vorrangig beim Bankberater (45 Prozent), gefolgt von Familienmitgliedern (28 Prozent). Bei Frauen steht der Partner, wenn es um Geldfragen geht, an dritter Stelle (26 Prozent), bei Männern steht die Frau in Finanzfragen erst auf Platz vier. -spa-

Coffee to help

Elf Sparkassen und die Erste Bank unterstützten auch heuer wieder die österreichweite Caritas-Aktion „Coffee to help“.

In insgesamt 123 Filialen erhielten Kunden Anfang Februar gegen eine kleine Spende eine Tasse Kaffee.

Insgesamt wurden bei dieser Aktion 13.181,39 Euro für Kinder in Not gesammelt. Die Caritas unterstützt damit Kinder und Jugendliche in den ärmsten Ländern Zentral- und Osteuropas; unter anderem mit Einrichtungen für Straßenkinder und mit Suppenküchen.

Die Idee hinter „Coffee to help“: Engagierte Menschen laden Freunde und Bekannte zum Kaffee, die Gäste werden gebeten, für den Kaffee eine Spende für Kinder in Not zu geben. In den Sparkassen wurde der Kaffee von Mitarbeitern ausgeschenkt, die sich bereit erklärt hatten, diese Aufgabe für einen Tag neben ihrer normalen Tätigkeit zu übernehmen. Caritas-Präsident Franz Kübel: „Es kann uns nur gutgehen, wenn es

unseren Nachbarn gutgeht. Wer in die Zukunft der armen Menschen in Osteuropa investiert, der hilft mit,

unsere eigene Zukunft abzusichern und zu gestalten.“ -hre-



VDir. Martin Zwittag von der Sparkasse Pregarten mit den Mitarbeiterinnen Karin Stöcher und Karin Freudenthaler



# Rückkehr in die Gewinnzone

Im vierten Quartal des Vorjahres konnte die Erste Group wieder in die Gewinnzone einschwenken. Gleichzeitig wurde die Kernkapitallücke im Hinblick auf das Erfordernis zur Jahresmitte 2012 beträchtlich verkleinert.

Andreas Treichl, Vorstandsvorsitzender der Erste Group Bank AG, betonte anlässlich der Präsentation der vorläufigen Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2011: „Mit der Rückkehr in die Gewinnzone im vierten Quartal haben wir bewiesen, dass unser Geschäftsmodell – die Bank für Privat- und Firmenkunden im östlichen Teil der Europäischen Union zu sein – auch unter schwierigen Rahmenbedingungen funktioniert. In fast allen Ländern ist im Geschäftsjahr 2011 der Nettogewinn gestiegen. In Ungarn und Rumänien haben wir

das Topmanagement verstärkt und Maßnahmen gesetzt, um die Rückkehr zur erfolgreichen Entwicklung einzuleiten.“

## Höheres Betriebsergebnis für 2012 erwartet

Für die meisten Kernmärkte der Erste Group wird für 2012 zwar Wirtschaftswachstum prognostiziert, allerdings im Vergleich zu 2011 auf niedrigerem Niveau. Ungarn und Kroatien erwarten eine leicht rezessive Wirtschaftsentwicklung. Vor diesem Hintergrund und trotz des Abbaus von nicht zum Kern-

geschäft gehörenden Vermögenswerten erwartet die Erste Group im Jahr 2012 bei selektivem Kreditwachstum in den Kernmärkten und dank weiterer Kostensenkungen ein etwas höheres Betriebsergebnis.

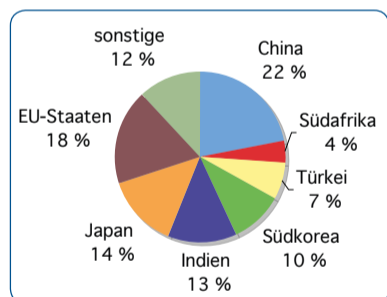
Die Risikokosten sollten vom Wegfall der Sondervorsorgen in Ungarn im Ausmaß von 450 Mio. Euro profitieren. Die Erste Group rechnet damit, dass ihre sogenannte EBA-Kernkapitalquote auch nach dem 30. Juni dieses Jahres über 9 Prozent liegen wird.

-üh-

# Ölpreis mit Explosionsgefahr

Expansive Geldpolitik der Zentralbanken, politische Spannungen rund um den Iran und die Preispolitik der OPEC: die Experten der Erste Group sehen für die Preisentwicklung des schwarzen Goldes in naher Zukunft keine Entspannung.

Rohöl der Marke Brent markierte 2011 ein neues Allzeithoch von 111 US-Dollar je Barrel. Getrieben wurde die Ölpreisentwicklung in erster Linie von der Angebotsseite



und den Unruhen von Marokko bis in den Iran. Die zunehmend expansive Geldpolitik seitens Federal Reserve, EZB, Bank of England und Bank of China wirkte ebenfalls stimulierend. Da die Federal Reserve ihre Nullzinspolitik zumindest bis Ende 2014 fortsetzen wird, sollte dies den gesamten Rohstoffsektor unterstützen. Das Fundament für neue Ölpreiskorrekturen ist gelegt.

Weiters scheint es, als würde die OPEC den Preis derzeit besser denn je kontrollieren. Preise von 90 bis 110 US-Dollar dürften im aktuellen Umfeld noch keinen Nachfrageeinbruch bei diesem Energieträger auslösen. „Auf Jahressicht rechnen wir mit einem durchschnittlichen Preis von 123 US-Dollar je Barrel Brent“, meint Ronald Stöferle, Rohstoffexperte der Erste Group. Auch in Europa könnte das Ansteigen des Ölpreises bald konjunkturelle Auswirkungen haben: In Euro hat der Brent-Preis bereits neue Rekordmarken erreicht.

## Rentabilität ist gefragt

Aktuell blickt man mit Spannung auf den Iran, den drittgrößten Erdölexporteur der Welt. Die latent schwelende Krise scheint knapp vor der Eskalation zu stehen. „Selbst eine kurze Sperre der Straße von Hormus hätte dramatische Folgen. Der Ölpreis würde definitiv neue Rekordwerte erreichen, da rund 20 Prozent der Weltölproduktion durch dieses maritime Nadelöhr transportiert werden“, so Stöferle. Hinzu kommen die schwindenden Ressourcen. „Meiner Meinung nach ist das globale Fördermaximum bei konventionellem Öl schon überschritten. Ich gehe zwar davon aus, dass unkon-

ventionelle Fördermethoden dies größtenteils kompensieren können, jedoch sind die günstig abbaubaren Ressourcen weitgehend erschöpft“, betont der Energieexperte. Saudi-Arabien benötige mittlerweile einen Ölpreis von 80 US-Dollar je Barrel, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, in Russland werde der Wert heuer bei 126 Dollar liegen. Ein Großteil der Rohöl-Exporteure ist somit auf ein Preisniveau von zumindest 80 bis 90 US-Dollar angewiesen. Die Nachfrageseite wird weiterhin klar von Asien dominiert. 70 Prozent des zusätzlichen Ölkonsums rund um den Erdball entfallen auf China und Indien. -afe-



Aktuell blickt man mit Spannung auf den Iran, den drittgrößten Erdölexporteur der Welt.

## AUSBLICK



Christine Domforth

## Also dann: Bis zum Sparpaket 2014

Magere Ergebnisse bei den Strukturreformen

Finanzministerin Maria Fekter spricht vom „größten Reformpaket der Zweiten Republik“ – und betreibt damit blanken Etikettenschwindel. Das Sparpaket, das in wenigen Tagen in Kraft treten wird, ist rund 27 Milliarden Euro „schwer“, ein Drittel davon – etwa die Finanztransaktionssteuer oder die Abgeltungssteuer für in der Schweiz geparktes Schwarzgeld – wackelt laut WIFO allerdings noch gehörig. Und während der Fiskus den Bürgern neue Steuern in Milliardenhöhe abknöpft und die ohnehin schon rekordverdächtig hohe Abgabenquote weiter nach oben schraubt, wurde in großkoalitionärer Eintracht die Chance auf echte Strukturreformen bei den großen Kostentreibern wieder einmal vertan.

### Reformen sehen anders aus

So wird etwa im Pensionsbereich nur halbherzig agiert: Während in anderen Ländern Europas das gesetzliche Pensionsalter angehoben wird – in Schweden diskutiert man sogar bereits darüber bis 72 zu arbeiten – versucht man hierzulande bloß, das faktische Pensionsantrittsalter bis 2020 um zwei bis drei Jahre zu erhöhen. Weil die Lebenserwartung weiter steigt, ist das bestenfalls ein Nullsummenspiel und keine Entlastung. Die extrem teure Hacklerregelung wird nicht angetastet, höhere Abschläge für Frührenten sind ebenso tabu wie die Anhebung des Frauenpensionsalters. Echte Reformen sehen anders aus. Sie wären freilich dringend nötig, ist doch der Bundeszuschuss zu den Pensionen heuer bereits höher als das Budgetdefizit, und überdies genießt derzeit kaum jemand in der EU seinen Ruhestand so lange wie die Österreicher.

Die Gesundheitsreform soll bis 2016 Einsparungen von insgesamt 1,4 Milliarden bringen, pro Jahr also 350 Millionen. Ange-

sichts von Gesamtausgaben im Bereich Gesundheit, die bei rund 33 Milliarden jährlich liegen, reicht das nicht einmal aus, um die Kostensteigerungen auch nur annähernd aufzufangen.

### Verwaltungsreform nicht in Sicht

In der Verwaltung will man ein paar tausend Posten nicht nachbesetzen und den Beamten zwei magere Gehaltsrunden verordnen. Von einer echten Verwaltungsreform – die seit Jahren diskutiert wird und tatsächlich Einsparungen in Milliardenhöhe bringen könnte – ist weiterhin keine Rede. Stattdessen versucht die Regierung, Miniaktionen wie die Auflösung von ein paar kleinen Bezirksgerichten oder die Schließung der Heerespitzen als Reform zu verkaufen.

Bescheiden ist auch der Beitrag, den die Länder leisten, sie steuern netto gerade einmal ein Zehntel des Pakets bei. Vor der längst überfälligen Föderalismusreform sind Faymann & Spindelegger aus Angst vor den mächtigen Landesfürsten wieder einmal zurückgeschreckt.

Freilich sind Strukturreformen wie die genannten mühsam und bringen überdies nicht sofort höhere Einnahmen. Einfacher und schneller budgetwirksam ist es, Immobilienverkäufe zu besteuern, Besserverdiener über einen Solidarbeitrag zu schröpfen oder die Bausparprämie zu halbieren. Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist, müsste die großen Brocken dennoch anpacken, denn nur so lässt sich der Staatshaushalt nachhaltig ins Lot bringen. Länder wie Schweden oder die Schweiz haben das ja schon erfolgreich vorexerziert. Österreichs Politiker gehen leider einen anderen Weg. Deshalb dürfen sich die Bürger schon jetzt darauf einstellen, dass es wohl spätestens 2014 das nächste Sparpaket geben wird.

# Drum prüfe, wer sich länger bindet

Österreichs BIP wird heuer zwar stärker wachsen als jenes im Durchschnitt des Euro-Raums, Konsolidierungsmaßnahmen bleiben aber unvermeidlich. Wie sehen also die besten Anlageformen in volatilen Zeiten aus?

Österreich wird sich heuer mit einem Wirtschaftswachstum von real 0,9 Prozent weiterhin gut behaupten und stärker wachsen als die restliche Euro-Zone, ist Gudrun Egger, Head of Major Markets & Credit Research von der Erste Bank, überzeugt: „Wir gehen davon aus, dass der private Konsum und die Exporte real moderat ansteigen werden. Die Investitionstätigkeit dürfte nicht deutlich zunehmen, wengleich wir aufgrund des Stimmungsumschwungs in den letzten Monaten eine Überraschung nicht ausschließen.“ Die Inflation sollte in einem Umfeld geringen Wachstums verhältnismäßig moderat bleiben und sich etwa bei 2,4 Prozent einpendeln. Die Zinsen in der Euro-Zone bleiben zum Leid der Sparer voraussichtlich niedrig. Der 3-Monats-Euribor ist nahe an das Niveau des Leitzinssatzes von 1 Prozent gesunken und könnte in diesem Jahr sogar unter dieses Niveau fallen.

## Die richtige Geldanlage?

„Aktuell empfehlen wir den Sparern, sich vorerst für ein Jahr zu binden

und die weitere Marktentwicklung abzuwarten“, so Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank Oesterreich. Die Niedrigzinspolitik der EZB schlage sich natürlich auch auf die Sparzinsen nieder, daher solle man sich vor einem möglichen Absinken des 3-Monats-Euribors jetzt noch die höheren fixen Sparzinsen sichern. Aber natürlich werden Alternativen zum Sparbuch

„Für Anleger wird das ein Jahr der Unternehmensanleihen.“

Peter Bosek

aufgrund der Zinssituation weiter ein großes Thema bleiben. „Es wird wieder ein Jahr der Unternehmensanleihen, wo man als Anleger direkt in die heimische Wirtschaft investieren kann – mit teils wirklich guten Renditen“, meint Bosek. Wer in Immobilien investieren möchte und vor



Peter Bosek und Gudrun Egger: „Aktuell empfehlen wir den Sparern, sich vorerst für ein Jahr zu binden und die weitere Marktentwicklung abzuwarten.“

den hohen Preisen bei Wohnungen zurückschreckt, ist mit einem offenen Immobilienfonds gut beraten. Was Investments in Gold betrifft, so rechnet die Erste Bank 2012 weiter mit gesteigerter Nachfrage. Als Faustregel gilt, nicht mehr als etwa 5 Prozent des Gesamtvermögens in Gold zu investieren. Denn Gold wirft keine Zinsen oder Dividenden ab und ist daher als Versicherung für das eigene Depots zu sehen.

## Schleppende Kreditnachfrage

Auch in rauerer Zeiten sieht sich die Erste Bank klar in ihrer Rolle als Finanzierer der heimischen Wirtschaft. „Selbst wenn wir heuer vor größeren Herausforderungen stehen, kann uns seit 2008 nichts mehr so schnell erschüttern“, meint Bosek. 2011 war für die Sparkassengruppe ein sehr starkes Jahr bei der Finanzierung der Kommerzkunden. Insgesamt wurden österreich-

weit 10,4 Mrd. an frischen Krediten vergeben, das ist im Vergleich zum Jahr 2010 eine Steigerung um 33 Prozent. „Unser Kredithahn ist offen“, so Bosek zur immer wieder kolportierten Furcht vor einer Kreditklemme. Im Jahr 2012 könnte der Kredithunger allerdings etwas nachlassen: „Besonders bei österreichischen Unternehmern bemerken wir aktuell keine ausgeprägte Investitionslust.“ -afe-

## Beachtliche Direktinvestitionen im CEE-Raum

Direktinvestitionen in und aus Österreich sind mittlerweile nicht nur ein wichtiger Gradmesser für die Internationalisierung der heimischen Volkswirtschaft, sondern auch ein wichtiger Indikator für die regionale Streuung der Konjunkturerwartungen der Unternehmen. Im CEE-Raum sind die aktiven Direktinvestitionen Österreichs nicht selten auf Platz 1 unter den Auslandsinvestoren.

Die steigende Bedeutung von Direktinvestitionen für die österreichische Volkswirtschaft schlägt sich auch in der Direktinvestitionsquote (FDI-Bestände in Prozent des BIP) nieder. Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl hat vor kurzem nicht ohne Stolz die Fakten präsentiert: Laut UNCTAD hat sich

„Aktive Direktinvestitionsquote verdoppelt.“

Christoph Leitl

die Quote der aktiven Direktinvestitionen in den letzten fünf Jahren auf mehr als 40 Prozent nahezu verdoppelt. Dasselbe gilt auch für die passiven Direktinvestitionen.

Die Regionalstruktur der aktiven österreichischen Direktinvestitionen zeigt die Dominanz Europas. Der Anteil der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) ist im Zehnjahresvergleich auf 45,3 Prozent gestiegen (1999: 28,8 Prozent).

In Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina sowie in Serbien liegt Österreich als Direktinvestor auf dem ersten Platz. In Bulgarien und Rumänien konnte Rang 1 nicht gehalten werden – Österreich liegt in den beiden neuen EU-Mitgliedsstaaten ebenso wie in der Slowakei auf Platz 2.

In Ungarn und Tschechien konnte Österreich den dritten Platz halten. Die heimischen Unternehmen sehen also Mittel- und Südosteuropa weiterhin als Regionen mit Wachstumspotential und anhaltender Dynamik.

-üh-

	aktueller Gesamtstand in Mrd. Euro	Rang in der Liste der Investoren	Österreichs Anteil in Mrd. Euro	Anteil restl. Länder in Mrd. Euro	Österreichs Anteil in %	Anteil restl. Länder in %
Slowenien	10,5	1. Platz	5,2	5,3	49,1 %	50,9 %
Kroatien	25,7	1. Platz	7,3	18,4	28,4 %	71,6 %
Bosnien-Herzeg.	5,3	1. Platz	1,5	3,8	27,6 %	72,4 %
Serbien	11,8	1. Platz	2,4	9,4	20,1 %	79,9 %
Rumänien	50,0	2. Platz	9,0	40,9	18,1 %	81,9 %
Slowak. Rep.	36,5	2. Platz	5,9	30,6	16,2 %	83,8 %
Bulgarien	35,9	2. Platz	5,5	30,4	15,2 %	84,8 %
Ungarn	68,6	3. Platz	9,3	59,3	13,6 %	86,4 %
Tschech. Rep.	87,3	3. Platz	10,6	76,8	12,1 %	87,9 %
Albanien	2,0	4. Platz	0,2	1,8	8,7 %	91,3 %
Mazedonien	3,1	5. Platz	0,4	2,8	11,5 %	88,5 %
Montenegro	4,1	5. Platz	0,4	3,7	8,7 %	91,3 %
Ukraine	33,7	5. Platz	2,0	31,7	5,9 %	94,1 %
Polen	129,1	8. Platz	4,8	124,4	3,7 %	96,3 %
Estland	12,3	14. Platz	0,1	12,1	1,1 %	98,9 %
Lettland	8,3	15. Platz	0,2	8,1	1,9 %	98,1 %
Litauen	10,2	21. Platz	0,1	10,1	0,5 %	99,5 %

Albanien: 2008; Slowenien, Bosnien, Rumänien, Slowak. Rep., Ungarn, Tschech. Rep., Mazedonien, Polen: 2009; Kroatien, Serbien, Bulgarien, Montenegro, Ukraine, Estland, Lettland, Litauen: 2010



# Ab 1. April 2014 gibt es nur mehr SEPA

Nach Einführung des Euro als Bargeld wird nun auch ein einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) für bargeldlose Zahlungen Realität. Nationale Überweisungen und Lastschriften werden bis 1. Februar 2014 vollständig durch die neuen Verfahren – SEPA-Überweisung und SEPA-Lastschrift – abgelöst.

Angesichts der geforderten Umstellung sollten alle am Zahlungsverkehr Beteiligten möglichst rasch mit den notwendigen Arbeiten beginnen, um einen problemlosen Übergang zu gewährleisten. Um alle Konten innerhalb des Euro-Zahlungsverkehrsraumes direkt zu erreichen, ist für die neuen SEPA-Verfahren zukünftig nur mehr die internationale Kontonummer (kurz: IBAN) zu verwenden. Die IBAN setzt sich aus der Bankleitzahl und der Kontonummer zusammen und wird durch ein Länderkennzeichen (AT für Österreich) und eine zweistellige Prüfziffer ergänzt. Diese dient dazu, Fehlüberweisungen zu verhindern. Je nach nationaler Ausprägung ist die IBAN unterschiedlich lang – eine österreichische IBAN hat 20 Stellen.

Um die Umstellung zu erleichtern, bieten die österreichischen Kreditinstitute ihren Kunden bereits heute die Möglichkeit an, Überweisungen innerhalb Österreichs nur mit IBAN in Auftrag zu geben. Bei grenzüberschreitenden Überweisungen muss heute dazu noch die internationale Bankleitzahl BIC angegeben werden – spätestens ab Februar 2016 wird

Das Diagramm zeigt ein Formular für eine Zahlungsanweisung. Oben links steht 'AT' als Länderkennzeichen. Darunter sind die Felder 'Land ziffer' (AT) und 'Prüfziffer' (61) markiert. Die 'Bankleitzahl' ist 19043002 und die 'Kontonummer' ist 34573201. Die IBAN lautet AT611904300234573201. Darunter ist die BIC 'GIBAAT33XXX' angegeben. Ein Hinweis besagt: 'Ein BIC ist verpflichtend anzugeben, wenn die IBAN Empfängerin ungleich AT beginnt'. Ein weiteres Feld zeigt 'Name der Bank', 'Land', 'Ort' und 'Filiale'. Unten rechts ist ein Feld für 'Betrag' und 'Beleg' zu sehen.

die IBAN allein genügen. IBAN und BIC finden sich auf allen Kontoauszügen, Konto- bzw. Bankomatkarten sowie im Online-Banking-Portal im Internet.

### Die Zahlungsanweisung

Um die Migration aller Zahlungen auf die neuen Verfahren möglichst reibungslos zu gestalten, werden alle alten Belege in Österreich noch heuer auf die Zahlungsanweisung umgestellt. Konsumenten, aber auch Unternehmen brauchen zukünftig

sowohl für Überweisungen als auch für Lastschriften innerhalb der EU nur mehr ein einziges Konto.

Seit 1. Jänner 2012 dürfen Euro-Überweisungen innerhalb der gesamten EU nur mehr maximal einen Bankgeschäftstag dauern. Für grenzüberschreitende Transaktionen innerhalb der EU gelten nun die gleichen Preise wie für die entsprechenden Inlandstransaktionen. Das gilt für Überweisungen und Lastschriften in beliebiger Höhe. -üh-

## EU NEWS

### Karas stellte Basel-III-Bericht vor

Der Chefverhandler des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, stellte seine Berichtsentwürfe zur europäischen Umsetzung des Basel-III-Rahmenwerks (CRD IV/CRR) im zuständigen Ausschuss für Wirtschaft und Währung zur Diskussion. Die internationalen Basel-III-Regeln sollten überall so einheitlich wie möglich umgesetzt werden, damit keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen. Gleichzeitig betonte er jedoch, dass bei der Umsetzung in Europa die europäischen Spezifika im Bankensystem – wie die Strukturen der dezentralen Sektoren und im Besonderen des Haftungsverbundes – besser berücksichtigt werden müssten. Zudem habe angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Situation die Senkung der Risikogewichte für KMU oberste Priorität. Karas schlägt vor, das Risikogewicht für KMU-Kredite durch die Einführung eines Ausgleichsfaktors um 30 Prozent zu reduzieren. Die Vorschläge erhielten Unterstützung aus mehreren politischen Lagern, und Karas ist zuversichtlich, dass sein Bericht eine breite Mehrheit finden wird.



Paul Rübiger ist „Mister KMU“

### Mehr Geld für KMU

Mit dem neuen KMU-Förderprogramm COSME will die EU-Kommission grenzüberschreitende KMU-Initiativen fördern und den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern. Der Kommissionsvorschlag muss nun von Rat und EU-Parlament angenommen werden. Der oberösterreichische EU-Abgeordnete Paul Rübiger wird die Verhandlungen für das Parlament führen.

Die Kommission hat auch mehrere Initiativen gestartet, um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer KMU im globalen Kontext zu verbessern. Rübiger will bei den nun anlaufenden Verhandlungen innerhalb des Parlaments einen besonderen Schwerpunkt auf den Bereich Unternehmensfinanzierung legen. Um sich fachlichen Input von den Betroffenen zu holen, hat Rübiger einen Beraterkreis ins Leben gerufen und auch Vertreter der Sparkassen dazu eingeladen

Der Bericht des deutschen EU-Abgeordneten Peter Simon muss in die zweite Lesung.



### Bericht zur Einlagensicherung angenommen

Das Europäische Parlament hat den Bericht des deutschen Abgeordneten Peter Simon zur Einlagensicherung mit großer Mehrheit angenommen. In dem Bericht wurden alle Forderungen der Sparkassen berücksichtigt: Der Haftungsverbund ist von den Regelungen ausgenommen, und darüber hinaus wurde eine Möglichkeit zur Beitragsreduzierung für freiwillige Institutssicherungssysteme vorgesehen. Allerdings ist es erstmals bei einer Finanzmarktregulierung nicht gelungen, eine Einigung in erster Lesung zu erzielen. Der Ball liegt nun beim Rat, wo die Verhandlungen wieder völlig offen sind. Bis zuletzt blockierten einige Länder den letzten Kompromissvorschlag der dänischen Präsidentschaft.

## Mühsamer Kontowechsel

Wer sein Kreditinstitut in einem der 27 EU-Staaten wechseln möchte, wird vor große Herausforderungen gestellt. Das ergab eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie. Die gute Nachricht: In Österreich ist das Service beim Kontowechsel vergleichsweise angenehm und professionell.

Im Jahr 2007 startete die EU-Kommission eine Erhebung zum Retail-Bankengeschäft in Europa und kam zu dem Ergebnis, dass es beim Kundenverkehr erhebliche Behinderungen gibt. Um eine EU-Regulierung zu vermeiden, setzte der Ausschuss der europäischen Bankenverbände (EBIC) auf eine Selbstregulierungsinitiative für die Banken. Das Ziel: Der Kontowechsel sollte durch gemeinsame Grundsätze für die Bankkunden erleichtert werden. Seit November 2009 bieten die österreichischen Banken ein Kontowechselservice auf Basis dieser gemeinsamen EBIC-Grundsätze an. Im Kern geht es dabei darum, dass die neue Bank den Kontowechsel für den Neukunden durchführt, ohne dass dieser seine alte Bank zu kontaktieren braucht.

### Gelungene Prinzipien – mangelhafte Umsetzung

Die Kommission startete 2010 eine neuerliche Untersuchung, deren Ergebnisse unlängst vorgelegt wurden. Die Resultate der Studie sind zweischneidig. Dort, wo die gemeinsamen Prinzipien eingehalten werden, funktioniert der Kontowechsel zur Zufriedenheit der Kunden. Die Studie bewertet die Prinzipien als gelungene Maßnahme, den Kontowechsel so einfach wie möglich zu gestalten. Der Haken bei der Sache ist, dass nicht in allen EU-Mitgliedsstaaten Banken die gemeinsamen Prinzipien anwenden.

### Nur jeder Fünfte zufrieden

Die Testkunden besuchten bzw. kontaktierten in allen 27 Mitgliedsstaaten Geldinstitute, um dort einen Kontowechsel und einen Dauerauftrag einzureichen. Aber nur 19 Prozent der Testpersonen hatten dabei Erfolg. Die verbleibenden 81 Prozent klagten über teils massive Probleme bei ihrem Vorhaben. Die Fehler, die besonders ins Auge stachen: 71 Prozent der Banken leisteten beim Transfer keine Unterstützung, 7 Prozent eröffneten das

Konto nicht und/oder transferierten den Dauerauftrag nicht innerhalb von 14 Tagen, und in 3 Prozent der Fälle weigerte sich die Bank sogar, ein reguläres Konto zu eröffnen. 14 Prozent der Testpersonen erhielten bezüglich Kontowechsel keine Informationen, und das Bankpersonal besaß hinsichtlich eines Kontowechsels nur geringe Kenntnisse.

### Österreich mit Vorbildwirkung

Hierzulande ist das Ergebnis aber doch anders gelagert. In Österreich konnten 87 Prozent der Mystery Shopper erfolgreich ihr Konto wechseln. Im europäischen Durchschnitt waren es gerade einmal 19 Prozent. Somit hat die Alpenrepublik die größte Erfolgsquote im Test. Auch in puncto Informationsmaterial steht Österreich an der Spitze. 54 Prozent der Testpersonen haben Informationsbroschüren erhalten, im Schnitt waren es in den Mitgliedsstaaten bescheidene 20 Prozent.

Die Kommission zeigt sich mit der Umsetzung unzufrieden. Die Ergebnisse werden zwar noch evaluiert, leitende Beamte sprechen sich aber bereits für gesetzliche Maßnahmen aus. -afe, rta-



# Es ist eben wie beim Bankomaten

Was auch immer gespielt wird – die Banken bleiben die Schurken im jeweiligen Stück. Achterbahn sprach deshalb über diese höchst unerfreuliche Situation mit einem, der es wissen sollte: Prof. Gierbert Greifshalt ist Leiter des Instituts für „Kreditwirtschaftliche Buße und systemische Wiedergutmachung“, einer außeruniversitären Einrichtung zur Legitimierung des Banken-Bashings.



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.



Prof. Gierbert Greifshalt: „Es ist doch wie beim Bankomaten. Da haben Sie ja auch keine Ahnung, was derjenige, der Geld abhebt, mit diesem Geld dann macht.“

## DAS LETZTE WORT

### Es wird etwas fehlen

Jetzt ist es also für ein gutes halbe Jahr wieder vorbei mit der einzigen wirklich Identität stiftenden Sportart dieses Landes. Das Bangen um das Schicksal von Österreichs alpinen Ski-Assen und ihrem jeweiligen Punktstand im Weltcup, das Wochenende für Wochenende für Spannung, Enttäuschung und gelegentlich auch Mitleid in der wohligen TV-Stube sorgte, ist vorbei. Vor allem die Kommentatoren und ihre emeritierten Pistenoldies, die der Nation den Weltcup mit unverwechselbarem Idiom zu vermitteln versuchen, werden uns fehlen: Ob der Schnee beißig oder aggressiv, stumpf oder vereist ist, das kann uns doch nicht kalt lassen.

Auch die Motive der Kurssetzer sind zu hinterfragen, ebenso wie jene der persönlichen Betreuer der Asse und ihre jeweilige Auswahl des „Materials“. Und ob der Fahrer jetzt „alles gibt“ oder doch an die Weltcuppunkte denkt, das muss uns Rennbanausen erst vermittelt werden.

Wie hätten wir sonst gewusst, dass dieser oder jener ein Tor zu „direkt“ anfährt, dann für Bruchteile von Sekunden „querstellen“ muss und sich dann nicht wundern darf, dass ihm dann der „Speed“ für das Flachstück fehlt.

Wie sollten wir erahnen, ob einer in der Traverse noch genug „Schmalz“ in den Oberschenkeln hat, um in den beiden „entscheidenden“ Linksschwüngen vor der Einfahrt Zielhang noch die dutzendfach pro Rennen beschworene „Ideallinie“ fahren zu können? Zumal wenn er zu viel Rückenlage hat oder gar die vereiste Welle gleich nach dem Sprung nicht wie der „Didier“ einfach „durchdrückt“.

In urbaner Einfalt glaubten wir tatsächlich, zwölf Hunderstel seien eine vernachlässigbare Zeiteinheit. Mitnichten.

Zwölf Hunderstel, die man von Ausfahrt Gleitstück bis in die Traverse „aufgepackt“ bekommt, sind meist schon bei der letzten Zwischenzeit ein untrügliches Zeichen dafür, dass der oder die „Führende“ kaum noch „abzufangen“ sein werden.

Ehrlich, es wird uns etwas fehlen! -üh-

**Sparkassenzeitung:** Im Rahmen des Sparpaketes ist die Bankensteuer noch einmal um 25 Prozent erhöht worden. Gleichzeitig sollen die Banken jedoch ihre Eigenmittel nachhaltig aufstocken. Wie soll das gehen?

**Greifshalt:** Seit Menschengedenken ist die Buße eben mit Opfern verbunden.

**Aber wofür soll denn gebüßt werden? Jene, die jetzt 625 Millionen Euro zahlen müssen, haben ja mit ihrem erfolgreichen Geschäftsmodell bewiesen, dass sie an der Krise derer, die jetzt teilverstaatlicht werden müssen, nicht Schuld sind.**

Nun, die Kollektivbestrafung ist eben ein altes pädagogisches Prinzip der Disziplinierung.

**Das in der modernen Pädagogik längst überwunden schien ...**

... aber bei der Bankensteuer herrscht halt noch die gute alte Zeit. Alle für einen, wie das früher so schön geheißen hat.

**Aber gleichzeitig verlangen nationale und supranationale Aufsichtsbehörden von den Banken eine signifikante Aufstockung der Eigenmittel, die Verhinderung der Kreditklemme und die Nichtüberwälzung der zusätzlichen Kosten**

**auf die Preise für Bankdienstleistungen. Wie soll das gehen?**

Was mit 500 Mio. Euro geht, das wird doch auch mit 625 Mio. Euro gehen. Das ist der österreichische Weg von Gerechtigkeit und Solidarität.

**In anderen Ländern fließt die Banksteuer in einen Sonderfonds, aus dem dann Bankenrettungsaktionen finanziert werden sollen. Das ist doch die bessere Lösung!**

Aber sie schafft zusätzliche Kosten für die Verwaltung solcher Fonds. Das ersparen wir uns, weil hierzulande gleich alles ins laufende Budget fließt. Das macht die Sache verwaltungstechnisch einfacher.

**Zur Jahresmitte – so die Auflagen der EU – soll die Kernkapitalquote 9 Prozent betragen. Nun wurde entschieden, das Partizipationskapital des Bundes auf diese Quote nicht anzurechnen. Vor einem Jahr hat es geheißen, nur wer solches Partizipationskapital der öffentlichen Hand aufnimmt, hat auch ausreichende Bonität. Also, was jetzt?**

Nun, die Rahmenbedingungen der Regulatoren ändern sich eben laufend. Das macht die Sache doch erst richtig spannend. Auch die Diskussion über Basel III ist ja ein faszinierendes Beispiel für einen Wor-

king Process. Alles ist im Fluss, das macht die Sache richtig prickelnd.

**Auch Kreditinstitute brauchen einen Planungshorizont. Die Banken sollten doch aus eigener Ertragskraft die Eigenmittel stärken können. Berechtigterweise wollen sie wissen, was an Vorschriften gilt.**

Das ist klar ersichtlich: Es gilt das Prinzip der Reue und der Buße. Ob Eigenmittelvorgaben oder künftige Transaktionssteuer, immer steht die endgültige Disziplinierung der Finanzmärkte und der Bankengeschäfte im Vordergrund.

**Aber ordnungspolitisch ist es doch legitim zu wissen, was mit dem Geld geschieht und ob die Wettbewerbsbedingungen nicht maßlos verzerrt werden. Gerade weil jetzt die Generierung zusätzlichen Wachstums so wichtig ist, muss man doch an den richtigen Stellschrauben drehen. Ohne leistungsfähige Banken gibt es beispielsweise für zehntausende KMU keine Chance, Wachstumspotentiale zu nutzen.**

Verzeihen Sie, aber das ist ein sehr konservativer Denkanatz. Es ist doch wie beim Bankomaten: Da haben Sie ja auch keine Ahnung, was derjenige, der Geld abhebt, mit diesem Geld dann macht. Dieser Grundsatz muss auch für die öffentliche Hand gelten dürfen! -üh-

IMPRESSUM: Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at  
 Internet: www.sparkasse.at, Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Andreas Feichtenberger, Mag. Sandra Paweronoschitz, Mag. Helmut Reindl; Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nina Hoppe, Mag. Michael Mauritz  
 Design: GerersdorferDesign, Mag. Dina Gerersdorfer; Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien  
 Diese Ausgabe wurde am 12.3.2012 redaktionell abgeschlossen. Der Druck erfolgt auf PEFC-zertifiziertem Umweltpapier.

## ERLESEN - ERHEITERT - ERLITTEN

**„Wir haben derzeit eine Wirtschaftskrise, die im Vorjahr sehr gut ausgesehen hat.“**

Bundeskanzler Werner Faymann im „Journal zu Gast“ auf Ö1

**„I can only the begin!“**

Ein Hörer in FM4 auf die Frage, ob er den Text der Steirischen Landes-hymne kenne

**„Wir haben für Sie vom 6. bis 11.2. geschlossen.“**

Hinweisschild auf einem Marktstand in Wien

**„Grasser: Geld der Schwiegermutter von Meischberger?“**

Titel eines Beitrags in der Tageszeitung DIE PRESSE

**„Da könnte ich gleich eine Stiftung für wohltätige Zwecke gründen.“**

Hannes Androsch auf die Frage, ob er sich an der AUA beteiligen möchte